

Zurück zu alter Größe?

Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik im Zeichen von „Verantwortung“.¹

Vorbemerkungen.

Es scheint, als ob die nach den Bundestagswahlen 2013 gebildete große Koalition konsequent eine Außen- und Sicherheitspolitik verfolgt, deren Ziel die Etablierung Deutschlands als eine der großen Mächte im internationalen Konzert zum Ziel hat. Schlüsselbegriff dieses endlich offen formulierten Anspruchs ist der Begriff „Verantwortung“. Programmatisch erklärte der Bundespräsident kurz nach Bildung der neuen Koalition auf der Münchner „Sicherheitskonferenz“: „Schritt um Schritt wird die Bundesrepublik von einem Nutznießer zu einem Garanten internationaler Sicherheit und Ordnung.“ Und weiter: „(Deutschland) könnte ... entschlossener weitergehen, um den Ordnungsrahmen aus Europäischer Union, Nato und den Vereinten Nationen zu erhalten und zu formen. Die Bundesrepublik muss dabei auch bereit sein, mehr zu tun für jene Sicherheit, die ihr über Jahrzehnte von anderen gewährt wurde. Nun vermuten manche in meinem Land im Begriff der "internationalen Verantwortung" ein Codewort.“

In der Tat! Dieses Code-Wort wurde vorgegeben in einer Studie, die von den die deutsche Außenpolitik maßgeblich mitformulierenden Think-Tanks Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und German Marshall-Fund (GMF) in einem 54seitigen Papier ausformuliert wurde. Dieses Papier wurde pünktlich unmittelbar vor der Regierungsbildung unter dem Titel „**Neue Macht – Neue Verantwortung**“ veröffentlicht. Das Papier war das Ergebnis eines Projektes „Elemente einer

¹ Vortag gehalten beim Neujahrauftakt des Kasseler Friedensforums am 29. Januar 2016. Der erste Teil des hier publizierten Textes basiert auf einer Analyse der Studie „Neue Macht – Neue Verantwortung“, die gemeinsam von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und German Marshall Fund (GMF) im September 2013 erstellt wurde. http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/projekt_papiere/DeutAussenSicherhpol_SWP_GMF_2013.pdf [28-01-16].

außenpolitischen Strategie für Deutschland“, welches, durch das Auswärtige Amt gefördert, mit verschiedenen Persönlichkeiten aus Bundestag, Bundesregierung, Wissenschaft, Wirtschaft, Stiftungen, Denkfabriken, Medien und politischen Organisationen (insgesamt 53 Teilnehmerinnen und Teilnehmer) seit November 2012 erarbeitet worden war.² Organisation, Finanzierung und Zusammensetzung dieses Kreises machen die Stellungnahme zu einem Papier höchster Relevanz, mit dem sichtbar ein parteienübergreifender Konsens in den außenpolitischen Vorstellungen der politischen Klasse hergestellt und dokumentiert werden sollte. Es ist die Aufgabe von Denkfabriken, vor allem von solchen mit einer derart großen Regierungsnähe wie SWP und GMF, politische Positionen, Konzepte und Strategien zu entwickeln, die richtungsweisend in der politischen Praxis verwertbar sind. Insofern war es auch nicht überraschend, die Grundausrichtung und Kernaussagen des Papiers im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD im Bereich der Internationalen Politik wiederzufinden. Das Papier dient offensichtlich als Blaupause für den außenpolitischen Koalitionskonsens.

Das Papier hat auch eine Reihe von Reaktionen ausgelöst. In einem zweiten Teil dieser Stellungnahme sollen diese allerdings auf die politischen Stiftungen, die je gewissermaßen die parteinahen Think-Tanks sind, beschränkt werden. Solche Stellungnahmen erfolgten seitens der Friedrich-Ebert- und der Heinrich-Böll-Stiftung. Geradezu verblüffend, aber keineswegs überraschend ist die Ähnlichkeit der Argumentationsführung: Hier manifestiert sich der Konsens der deutschen *security community*.

1. Auf zu neuen Ufern?

Wie schon der Titel „Neue Macht - Neue Verantwortung“ verkündet, bauen die Analyse und die sich daraus ergebenden Empfehlungen auf einem Bewusstsein von gesteigerter Macht in der Welt auf. Die zweifellos vorhandene ökonomische Spitzenstellung und ihre Umsetzung in einem europäischen Diktat der Austeritätspolitik sowie die eingestandenen Vorteile der Globalisierung für

² Die folgenden Ausführungen in Teil 1. dieses Vortrags geben im Wesentlichen die Kritik am Papier von SWP und GMF wieder, die Norman Paech und Werner Ruf im Gesprächskreis „Frieden und Sicherheitspolitik“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung formulierten.

Deutschland untermauern ein Gefühl von Macht, aus dem dann ein „Zuwachs an Aufgaben und Verantwortung“ abgeleitet wird.

- Von der „Gestaltungsmacht im Wartestand“ zur Führungsmacht heißt der unverblünte Machtanspruch, der auch damit begründet wird, dass das Engagement der USA „in der Welt künftig selektiver“ wird, und der Anspruch auf Beteiligung an den Aufgaben der Weltordnung wächst. „Die Vereinigten Staaten sind, im Bewusstsein reduzierter eigener Ressourcen, nur noch bedingt gewillt, die internationale Ordnung als globaler Hegemon zu garantieren....Auf globaler Ebene ist so ein Führungsvakuum entstanden“ – das das vereinigte und gestärkte Deutschland nun füllen soll.
- Die Autorinnen und Autoren sind jedoch realistisch genug, diesen Machtanspruch nur einlösen zu wollen, wenn man sich auf verlässliche Partner stützen kann. „Eine solche partnerschaftliche Führung hat Kosten. Sie sind es wert, weil nur eine ernsthaft am Konsens und Interessenausgleich orientierte Führung auf Erfolg rechnen kann“. Damit ist zugleich nochmals jener Hinweis verbunden, dass Deutschland, um nicht alte Ängste der Dominanz zu wecken, keine direkten Alleingänge plant, sondern nur „im Bündnis“, also in Koalitionen agieren will. Die Autorinnen und Autoren lassen allerdings von vornherein keinen Zweifel daran aufkommen, dass sie Deutschland zur Führung etwaiger Koalitionen berufen sehen und dass seitens dieser Führung „die gesamte Palette der außenpolitischen Instrumente“ zu bedienen ist, „bis hin zum Einsatz militärischer Gewalt.“
- Das Weltbild dieser Politiker erscheint durchgehend harmonisch. Friedlich und freiheitlich, offen und auf Kooperation angelegt soll diese Weltordnung sein. Sie soll es auch so bleiben – „es geht um ihre Anpassung und Erweiterung, nicht um eine Umgestaltung oder Neuordnung“. Wie sollte es auch anders sein, wenn vor allem Deutschland sich und die internationale Ordnung „an den Grundwerten von Menschenwürde, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und gutem Regieren, demokratischer Partizipation, globaler sozialer Marktwirtschaft, nachhaltiger Entwicklung, Frieden und menschlicher Sicherheit“ orientiert. Die Autoren verkennen nicht, dass es „gewaltige gegenläufige Kräfte“ gibt, die sie

vom Klimawandel über unkontrollierte Migrationsströme bis zum Wettbewerb um knapper werdende Ressourcen aufzählen. Sie stellen die „internationale Ordnung“ in ihrer derzeitigen Verfassung nicht in Frage, im Gegenteil „muss Deutschland bereit und imstande sein, zum Schutz dieser Güter, Normen und Gemeinschaftsinteressen im Rahmen völkerrechtsgemäßer kollektiver Maßnahmen auch militärische Gewalt anzuwenden oder zumindest glaubwürdig damit drohen zu können.“ Die Rolle Deutschlands besteht gerade darin, für den Erhalt dieser Ordnung „Verantwortung“ zu übernehmen.

- Der allgemein wohlgefällige Blick auf den Zustand und die Werte dieser internationalen Ordnung wird auch nicht durch die Beobachtung getrübt, dass „die internationale Nachkriegsordnung wankt“, denn „eine neue ist nicht in Sicht“. Die alten Feinde sind nicht mehr, an ihre Stelle sind „vielfältige, diffuse Sicherheitsrisiken“ getreten. Die jedoch sind überschaubar. Die neuen „Herausforderer“ wie die BRICS-Staaten aber auch Saudi-Arabien und Katar, sind integrierbar, sie müssen nur anständig repräsentiert werden. Aber es gibt „Störer“, „prioritär“ Iran, Syrien, Nordkorea, „sekundär“ Kuba und Venezuela. Ihnen ist zu begegnen mit den alten Instrumenten von Zuckerbrot und Peitsche: Kooperation zu den vorgegebenen Bedingungen oder Sanktionen – „bis hin zu militärischen Stabilisierungsmaßnahmen“, wenn es sich z. B. um fragile und zerfallende Staaten wie Afghanistan, Mali oder Somalia handelt. Weitere Kandidaten wie die Zentralafrikanische Republik, Niger oder Südsudan stehen auf der Warteliste. Als „Mitreiter“ für die geforderte, wertebasierte Ordnung werden ohne Bedenken und Vorbehalte genannt die Türkei, obwohl sichtbar auf dem Weg in einen repressiven und autoritären Staat in der Hand von Islamisten, und Israel, obwohl mit keinen Bitten und guten Worten zur Abkehr von seiner völkerrechtswidrigen Besatzungspolitik zu bewegen.
- Auch Deutschland ist wie jedes hochindustrialisierte Land auf den Zugang zu den internationalen Handelswegen, Märkten und Rohstoffen angewiesen. Übertreffendes strategisches Ziel muss es daher für deutsche Politik sein, diese Weltordnung zu erhalten, zu schützen und nach den neoliberalen Interessen ihres Exportmodells weiterzuentwickeln. Aber nicht nur das. Die

wiederholte Betonung, auch militärische Gewalt als Mittel der Außenpolitik einzusetzen, schließt nahtlos an die in den Weißbüchern und Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr (seit 1992!) regelmäßig hervorgehobenen Aufgaben der Bundeswehr an, diese zur Sicherung der existentiellen Handels- und Rohstoffinteressen auch wirksam einzusetzen. Das Papier zeigt an keiner Stelle eine Alternative oder gar Distanzierung zur Militarisierung der Außenwirtschaftspolitik an. „Die Unterstützung effektiver Staatlichkeit ... durch Armutsbekämpfung, Entwicklungszusammenarbeit, Krisenprävention und -management, Unterstützung der Friedenskonsolidierung oder Transformationspartnerschaften“, wird zwar als „ein wichtiger Baustein für jede regelbasierte Ordnung“ angepriesen, erweist sich aber in der Empirie nach der Zerschlagung der staatlichen Strukturen Jugoslawiens, Iraks, Afghanistans und Libyens als leeres Gerede ohne konkrete Verbindlichkeit.

- Schließlich ist es nicht unwichtig, auch das zu prüfen, was nicht gesagt wird: Das Papier zeichnet sich auch aus durch das Weglassen bisher unverzichtbarer Grundsatzformeln aus, die in den vergangenen Jahrzehnten in keiner außenpolitischen Erklärung fehlen durften: Weder wird das „transatlantische Bündnis“ erwähnt, noch wird die „deutsch-französische Freundschaft“ beschworen. Diese Weglassungen machen den deutschen Emanzipationsanspruch deutlich, der hier erhoben wird. Zugleich relativieren gerade diese Weglassungen den oben formulierten Grundsatz, dass Deutschland keine militärischen Alleingänge plant: Diese dürften in nächster Zukunft zwar kaum zu erwarten sein, dennoch soll diese Möglichkeit nicht durch festgefügte Partnerschaften beeinträchtigt sondern grundsätzlich offen gehalten werden.
- Der Ruf nach einer künftige Führungsrolle Deutschlands wird begleitet von der Aufforderung, sich noch stärker im Rahmen der NATO für eine militarisierte Außenpolitik zu engagieren: „Europa und Deutschland sollen Formate für NATO-Operationen entwickeln, bei denen sie weniger auf US-Hilfe angewiesen sind. Das verlangt mehr militärischen Einsatz und mehr politische Führung“ fordert das Papier. Das läuft darauf hinaus, Deutschland zu einer

globalen Militärmacht zu entwickeln, die notfalls auch für imperialistische Ziele zur Waffe greift. Verbunden ist damit zugleich der Anspruch, Teile der bisherigen Führungsrolle der USA innerhalb der NATO zu übernehmen. Zur Erreichung dieses Zieles soll vor allem die Vermittlung nach innen in die eigene Gesellschaft verbessert werden, um Legitimation und Schlagkraft zu verbessern.

- Die von den beiden Think-Tanks einberufenen Außenpolitikerinnen und Außenpolitiker haben offensichtlich nie Kenntnis von der kritischen Diskussion der Zivilgesellschaft in Friedensforschung und Friedensbewegung genommen. Statt eine stärker friedensbetonte, defensive Außenpolitik zu formulieren, zeichnet sich das Papier durch eine nachhaltige Betonung gestiegener Machtfülle und eines daraus resultierenden größeren Machtanspruchs mit einer aggressiveren Führungsrolle für Deutschland aus. Auffällig ist zudem das immer offenere Bekenntnis zur militärischen Komponente dieser Führungsrolle, und zwar weltweit. Selbst der alte Versuch, militärische Interventionen mit Verteidigungsrhetorik zu legitimieren, spielt keine Rolle mehr. Der einzige Dissens, den es offensichtlich gegeben hat, bezog sich auf die Frage, ob militärische Gewalt in den internationalen Beziehungen auch ohne Mandat des UN-Sicherheitsrats legitim sei. Allein die Tatsache, dass diese Frage strittig war, zeigt, wie weit man in Fragen der Außenpolitik bereit ist, sich vom Völkerrecht zu trennen.

So bleibt allein die Schlussfolgerung, dass dieses Papier in seinen analytischen und in seinen handlungsweisenden Positionen einen Allparteien-Konsens präsentiert, der allein von der Partei Die LINKE nicht geteilt wird.

2. Positionen parteinaher Stiftungen.

Das Grundsatzpapier von SWP und GMF führte folgerichtig auch zu Debatten unter den Sicherheitspolitikern der im Bundestag vertretenen Parteien und den ihnen nahe stehenden politischen Stiftungen. Bei der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung und der Bündnis90/Die GRÜNEN nahe stehenden Heinrich-Böll-Stiftung

konnten Publikationen gefunden werden, die – teils unter expliziter Bezugnahme – auf die dort formulierten Oberziele deutscher Außen- und Sicherheitspolitik Bezug nehmen.

2.1 Friedrich-Ebert-Stiftung

Der Arbeitskreis Internationale Sicherheitspolitik der FES veröffentlichte im Januar 2014 unter dem Titel „**Die deutsche Sicherheitspolitik braucht mehr Strategiefähigkeit**“³ ein 14-seitiges Papier, das nicht direkt auf die Studie von SWP und GMF Bezug nimmt, aber erkennen lässt, dass diese Publikation in direktem Bezug zu jenem Grundsatzpapier steht, werden doch mehrere Formulierungen nahezu wortgleich übernommen. Auch das Papier der FES geht von einer veränderten Weltlage aus, in der Deutschland mehr Führung übernehmen muss. Dazu werden einleitend vier Prämissen genannt, die Grundlage für die folgende Abhandlung sind:

- Die deutsche Sicherheitspolitik bewegt sich zwar im Geleitzug der internationalen Gemeinschaft, fährt aber faktisch ohne eigenen Gestaltungsanspruch, was dem politischen Gewicht Deutschlands und den Erwartungen der Partner nicht mehr entspricht.
- „Eine offene, ehrliche und kritische Debatte, bei der geostrategische und ökonomische Interessen im Kontext unserer Wertvorstellungen diskutiert werden, ist daher in jedem Einzelfall notwendig.“
- „Solide Legalität und Legitimität militärischer Interventionen bleiben für Deutschland notwendige Bedingungen für militärische Einsätze.“
- „Die neue Bundesregierung sollte die in der Neupositionierung der USA liegende Chance für eine vorsichtigeren und erfolgversprechendere multilaterale Interventionsstrategie zügig ergreifen.“

³ <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/10479.pdf> [28-01-16].

Hier wird der im SWP/GMF-Papier entwickelte zentrale Anspruch voll übernommen: Deutschland soll „Gestaltungswillen“ zeigen und, vor allem, seine Interessen zum Leitmotiv außen- und sicherheitspolitischen Handelns machen. Von besonderer Bedeutung ist, dass „Legalität“ und „Legitimität“ als gleichwertige Handlungsgrundlagen genannt werden: Wenn „Legalität“ als Handlungsmaßstab noch auf das Völkerrecht verweist, ist „Legitimität“ eine völlig subjektive Kategorie, die all das erlaubt, was im nationalen Interesse als wichtig und richtig eingeschätzt wird. Dieser Begriff fordert geradezu das Verlassen völkerrechtlicher Prinzipien in Fällen, in denen dies im wie auch immer definierten Interesse der Nation notwendig erscheint. Der auch in diesem Papier beschworene Niedergang der USA wird als Chance für eine zu entwickelnde Interventionsstrategie bezeichnet: Dies wäre die endgültige Abkehr von der bis dato geltenden Politik der Zurückhaltung gegenüber militärischem Interventionismus.

So beklagt das Papier folgerichtig in Teil 1, in dem die Lage definiert wird, dass der „politische Wille für militärische Interventionen ... in Deutschland nach wie vor weit schwerer generiert werden (kann) als dies in den USA oder auch in Frankreich und Großbritannien der Fall ist.“ Folgerichtig wird in Teil 2 „Elemente einer neuen strategischen Tiefe der deutschen Sicherheitspolitik“ die Entwicklung „neuer Interventionsstrategien“ gefordert, die Teil einer „souveränen Sicherheitspolitik“ sein müssen.

Eine der Hauptsorgen des Arbeitskreises der SPD-nahen Stiftung scheint die Zurückhaltung der großen Mehrheit der Bevölkerung gegenüber einem deutschen Interventionismus zu sein:

„In der öffentlichen Debatte dominieren bei der Bewertung von Konflikten die humanitären und moralischen Argumente, vor allem dann, wenn es um eine deutsche Beteiligung an Interventionen geht. Die Bezugnahme auf nationale Interessenserwägungen insbesondere ökonomischer Art gilt in weiten Teilen des Politik- und Medienbetriebs als politisch unkorrekt und moralisch fragwürdig. Richtig ist, dass Deutschland auch vor dem Hintergrund der im Grundgesetz verankerten Werte verpflichtet ist, einen Beitrag zum weltweiten Frieden zu leisten und Menschenrechtsverletzungen entgegenzutreten. Angesichts der Verwundbarkeit Deutschlands und der Tatsache, dass das Wohlergehen der deutschen Bürgerinnen und Bürger in einem erheblichen Maß von einem sicheren und freien Welthandel und dem Zugang zu

Rohstoffen abhängt, greift eine ausschließliche Konzentration auf moralische Kategorien aber zu kurz.“ Und weiter: „Es geht darum, für Regierung und Parlament sowie für die Öffentlichkeit und Medien eine überzeugende Begründung für eine geplante Intervention zu generieren.“

Dies heißt nichts anderes als dass endlich Abschied zu nehmen ist von jenem Konzept, das als Türöffner für den Interventionismus diente, der Schutz der Menschenrechte und die „Verhinderung humanitärer Katastrophen“. Zur Herstellung jener in sich schon dubiosen „Legitimität“ wird auch nicht mehr auf harte Fakten oder Gründe verwiesen, da die Autorinnen und Autoren wohl zu wissen scheinen, dass diese schwer zu finden sein werden, nein die Begründung muss „generiert“ werden, ist also eine Angelegenheit der *public relations* – ganz so wie es die vielen erlogenen Kriegsgründe in der Vergangenheit waren.⁴

Schon beinahe gebetsmühlenhaft wird immer wieder der Topos aufgegriffen, dass Deutschland – jetzt und endlich – nationale Interessen souverän durchzusetzen hat:

„Auch dürfen nationale, insbesondere geostrategische und ökonomische Interessen nicht hinter einem Schleier humanitärer Interventionsbegründungen, zum Beispiel dem Schutz der Zivilbevölkerung, verdeckt werden. Bei der Legitimierung militärischer Interventionen sollten also primär die harten Gründe für Interventionen genannt werden, ...“ Und: „Solidarität mit unseren Partnern ist ein wichtiger Faktor, darf aber nicht das eigene deutsche Interesse und einen klaren eigenen Standpunkt ersetzen.“

Schließlich wird der wolkige Begriff der Legitimität aufgegriffen und erklärt. Dabei wird verwiesen auf

„... Situationen, in denen der Sicherheitsrat aufgrund gegensätzlicher nationaler Interessen von ständigen Mitgliedern paralyziert ist. In solchen Ausnahmefällen, in denen ein Eingreifen ethisch geboten ist, kann es erforderlich werden, solide Legalität durch starke Legitimität zu ersetzen.

⁴ S. dazu das verdienstvolle Projekt „Münchhausen“, das Kriegslügen der Vergangenheit zusammenstellt. <http://aixpaix.de/muenchhausen/muenchhausen.html>

Voraussetzung ist, dass das Nichthandeln des Sicherheitsrates überzeugend und nachvollziehbar als illegitim herausgestellt werden kann.“

Im Klartext kann dies nur heißen: Wenn Nicht-Entscheidungen des UN-Sicherheitsrats die Durchsetzung westlicher bzw. deutscher Interessen verhindern, müssen sie als „illegitim“ gelten und propagandistisch/medial so dargestellt werden, dass ein politischer und/oder öffentlicher Konsens hergestellt werden kann, der politisches und/oder militärisches Handeln ohne völkerrechtliche Grundlage als „legitim“ erscheinen lässt.

Dies ist nicht mehr und nicht weniger als der erklärte Wille, den UN-Sicherheitsrat als Inhaber eines supra-staatlichen Gewaltmonopols zu demontieren, um das in der UN-Charta verankerte Verbot der Androhung und Anwendung von Gewalt durch Staaten⁵ langsam aber systematisch auf den Müllhaufen der Geschichte zu kehren.

So plädiert denn auch der dritte Teil des Papiers („Ausblick“) dafür, endlich die „Kultur der Zurückhaltung“ aufzugeben und auch darauf zu verzichten, eine „guter Bündnispartner“ sein zu wollen. Das Bündnis (die NATO) ist zwar weiterhin von Wichtigkeit, aber Deutschland muss sich stärker einbringen. „Dies schließt eine fallweise Führungsrolle nicht aus.“ Doch, wie schon oben festgestellt, können auch nationale Alleingänge notwendig werden, für die dann die Legitimität „generiert“ werden muss. Dies ist der endgültige und beschämende Abschied der SPD-nahen Stiftung vom Erbe August Bebel's.

2.2. Heinrich-Böll-Stiftung

Auf ihrer 15. Außenpolitischen Jahrestagung im Juni 2014, die unter dem Motto „Auf dem Weg zu mehr Verantwortung?“ stand, beschäftigte sich auch die der Partei Bündnis 90/Die Grünen nahe stehende Stiftung mit der scheinbar neuen Lage Deutschlands im Internationalen System.⁶ Dort sprachen neben Heinrich August Winkler, Joscha Schmierer und dem früheren US-Botschafter John Kornblum auch

⁵ Art. 2, Ziff. 4 der Charta der Vereinten Nationen lautet: „Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt“

⁶ https://www.boell.de/sites/default/files/e-paper_aupo2014.pdf [16-01-16].

Bodo Weber vom Democratization Policy Council (Berlin) zum Thema „Deutschlands außen- und sicherheitspolitische Verweigerung“. In den Schlussüberlegungen und Empfehlungen stellt er apodiktisch fest: „Es handelt sich um die Herausforderung, nationale Interessen ... neu zu bestimmen.“ Dies mündet in die Frage „Was ist zu tun?“, die auch gleich folgendermaßen beantwortet wird:

- „Die Erfahrung mit der deutschen Führungsrolle im Serbien-Kosovo-Konflikt muss als Modellfall betrachtet werden. ... German leadership ist möglich und sinnvoll.“
- Ein zu bildender, fraktionsübergreifender Kreis von Außenpolitikern sollte „den Dialog mit der Wirtschaft über die ökonomischen Gefahren des Auseinanderfallens globaler deutscher Wirtschaftspolitik und außen- und sicherheitspolitischer Verweigerung in der Weltunordnung des 21. Jahrhunderts suchen.“
- „Deutschland muss eine Führungsrolle in der Belebung der gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik übernehmen.“
- „Die deutsche Politik muss akzeptieren, dass das bestehende internationale System, allen voran die Vereinten Nationen nicht den Herausforderungen der Weltunordnung des 21. Jahrhunderts entsprechen. Das bedeutet praktisch zu akzeptieren, dass ein Agieren außerhalb des bestehenden völkerrechtlichen Rahmens vonnöten sein kann, wenn die Stabilität der internationalen Ordnung gefährdet ist ...“

Keines der vorstehend besprochenen Papiere hat so klar dazu aufgerufen, deutsche Außen- und Sicherheitspolitik in den Dienst der wirtschaftlichen Interessen unseres Landes zu stellen. Keines dieser Papiere hat so klar ein „Agieren außerhalb des völkerrechtlichen Rahmens“ gefordert. Keines dieser Papiere hat so klar und unverschlüsselt „deutsches Leadership“ gefordert und suggeriert, dass gerade dieses Land verantwortlich, ja zuständig ist, die „internationale Ordnung“ aufrecht zu erhalten. Hier wird kein Wort darauf verschwendet, in wessen Interesse denn welche Ordnung (anstelle der von den Vereinten Nationen regulierten) geschaffen werden soll. Kein Wort wird darüber verloren, wer denn die Hauptverantwortung für das trägt, was hier „Weltunordnung“ genannt wird. Was damit gemeint sein könnte, ist der Verweis auf den völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien als „Modellfall“. Noch

deutlicher kann man nicht gegen das geltende Völkerrecht und für das Recht des Stärkeren, sprich: die Rückkehr der Staatenwelt in die Anarchie argumentieren.

Jan Techau, Direktor von Carnegie Europa stellt – fast im Gleichklang mit der FES – fest, Deutschland müsse weg von der „noch vorwiegend an moralischen Gesichtspunkten ausgerichteten“ Debatte. „Deutschland braucht aber eine vorwiegend an der Verantwortung ausgerichtete Diskussion.“ Daraus folgt dann die „Ausweitung der zivilen und militärischen GSVP-Missionen“,⁷ die erreicht werden soll durch eine „interne Flexibilisierung der NATO“ zwecks „Ermöglichung von institutionell abgesicherten ‚Koalitionen der Willigen‘ innerhalb der Allianz.“ Um dies zu erreichen, ist eine „Entschlossene Reformierung des sogenannten deutschen Parlamentsvorbehalts“ zwingend nötig – das BVG-Urteil von 1994 kümmert hier dies Realpolitiker nicht mehr!

Und Robert Kappel vom GIGA-Institut für Afrika-Studien in Hamburg fordert „Mehr Macht für Gestaltungskräfte“ – wer hiermit gemeint ist, ist leicht zu erraten. Beschlossen wird der Reigen von John Kornblum, dem ehemaligen US-Botschafter in Deutschland, der den Rat gibt: „Deutschland muss jetzt ... helfen, den Westen zu führen.“ Wahrlich, hundert Jahre nach dem 1. Weltkrieg scheinen es die Grünen zu sein, die Deutschlands Macht und Herrlichkeit wieder herstellen wollen, indem sie „Experten“ einladen, die der einst pazifistischen Partei die Militarisierung auf die Fahnen schreiben!

3. Die Umsetzung in die Praxis.

Der außenpolitische Konsens (jenseits der LINKEN) zur Militarisierung der deutschen Außenpolitik eröffnet nicht nur breite Möglichkeiten zur Koalitionsbildung nach den 2017 anstehenden Bundestagswahlen. Er ist auch nachprüfbar in den Entscheidungen der Bundesregierung über Militäreinsätze und, vor allem, in der Entwicklung des Haushalts des Bundesministeriums für Verteidigung.

Als geradezu paradigmatisch kann der Einsatz der Bundeswehr im Konflikt in Syrien angesehen werden: Der UN-Sicherheitsrat hat keine Resolution unter Kap. VII

⁷ GSVP: Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU. S. dazu Art. 42 des Lissabon-Vertrags.

gefasst, die (auch) militärische Zwangsmaßnahmen in diesem Konflikt erlauben würde. Genau deshalb beruft man sich auf die Konstruktion, dass die Anschläge in Paris vom so genannten Islamischen Staat ausgegangen seien, obwohl die Attentäter allesamt französische bzw. belgische Staatsbürger waren, die Erklärung des „kalifats“, für die Anschläge verantwortlich zu sein, durchaus als Propaganda-Akt der sich auf den Islam berufenden Terror-Bande gewertet werden könnten. Gravierender ist, dass der französische Staatspräsident diesem „islamischen Staat“ den Krieg erklärt hat, ihn als zu einem staatlichen Akteur aufwertet.

Genau dies aber ermöglicht der Bundesregierung angesichts der nicht vorhandenen völkerrechtlichen Legitimation durch den UN-Sicherheitsrat den Verweis auf Art. 4 des Lissabon-Vertrags, der im Falle eines Angriffs auf einen EU-Mitgliedsstaat den Bündnis-Mechanismus in Gang setzen kann. Da aber der „IS“ definitiv kein von wem auch immer anerkannter Staat ist, ist auch diese Argumentationsfigur mehr als problematisch.⁸ Doch der hier bemühte Mechanismus passt hervorragend in die in den oben diskutierten Szenarien und – außerhalb des Völkerrechts – konstruierten Begründungen: Die EU erscheint plötzlich als Akteur, konstruiert sich auf höchst wackeliger Basis einen Grund für militärische Intervention, denn der „IS“ ist kein Staat, er hat nicht, und konnte gar nicht mit Truppen angreifen. So aber wird die EU zum Gewaltakteur, unterhalb der Schwelle des geltenden Völkerrechts. Deutschlands Einstieg in diese Intervention zeigt klar die Richtung: 1. Deutschland agiert militärisch außerhalb des Völkerrechts, 2. Die EU maßt sich eigene militärische Kompetenzen außerhalb des Völkerrechts an, 3. Deutschland partizipiert an dieser Intervention, gewinnt (auch militärischen) Einfluss, und empfiehlt sich bei künftigen, ähnlichen Interventionen, für das in den Strategie-Papieren immer wieder geforderte „leadership“.

Diese These wird unterstützt durch die Entwicklung des Verteidigungshaushalts und die Aufrüstungsmaßnahmen der Bundeswehr: Der Militärhaushalt stieg von (umgerechnet) 23,18 Milliarden Euro im Jahr 2000 auf etwa 33 Milliarden im Jahr 2015. 2016 soll der Etat auf 34,2 Milliarden Euro steigen, dabei sind 4,7 Mrd. € für Materialbeschaffung vorgesehen. In den kommenden 15 Jahren sollen insgesamt

⁸ S. das Spiegelinterview mit dem Völkerrechtler Daniel-Erasmus Khan, der an der Bundeswehr-Universität München lehrt. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundeswehr-einsatz-in-syrien-klage-vor-dem-bvg-haette-gute-chancen-a-1065895.html> [26-01-16].

130 Mrd. € investiert werden.⁹ Dabei geht es vor allem Um Großgerät wie Spähpanzer, Haubitzen, Marine und Transport-Hubschrauber und Schiffe.

Hinter den steigenden Kosten verbergen sich Absichten, denn Deutschland sei ein Land, das „eine große Bedeutung hat, politisch und ökonomisch, und das Verantwortung tragen muss und auch tragen will.“ Die Bundeswehr soll einsatzfähiger werden. So fordert die Ministerin eine personelle Aufstockung der Bundeswehr und mit Blick auf die derzeit schon laufenden 17 Auslandseinsätze der Bundeswehr sagt sie militärisch knapp und in gezielter Umkehr von Ursache und Wirkung: „Wenn wir uns nicht kümmern in Syrien und im Irak, wenn wir uns nicht kümmern in Afghanistan und Afrika, (...), wenn wir unseren Beitrag nicht leisten, dann kommen die Probleme zu uns und dann wird es noch schlimmer. Und genau das wollen wir nicht. Wir wollen unseren Teil an Verantwortung tragen, dafür muss die Truppe gut ausgerüstet sein.“¹⁰

Noch nie ist mit einem Begriff so Schindluder getrieben worden wie mit dem Begriff „Verantwortung“. Wer möchte sich einer „Verantwortung“ entziehen? Soll der Widerstand gegen Krieg, die Ablehnung der Durchsetzung von Wirtschaftsinteressen mit militärischer Gewalt nun als Agitation „verantwortungsloser Gesellen“ gebrandmarkt werden? Es ist unsere Verantwortung, dafür zu sorgen, dass die Menschen in unserem Land weiterhin Kriegseinsätze ablehnen, dass sie erkennen, dass das Führen von Kriegen, dass das Leid und Elend, welches sie verursachen, unverantwortlich ist, vor allem, dass es die vorhandenen Probleme nicht löst, sondern noch mehr Gewalt produziert, weiter Millionen von Menschen zu Flüchtlingen macht!

„Verantwortung tragen“ heißt, die kriegerischen Absichten offen zu legen, die durch die gebetsmühlenhafte Benutzung dieses Begriffs verdeckt werden sollen. Die Verkleidung militärischer Interventionen als „Verantwortung“ zielt darauf, den Widerstand einer mehrheitlich noch immer Auslandseinsätze der Bundeswehr ablehnenden Bevölkerung zu diskreditieren und schließlich zu brechen.

⁹ Erklärung der Bundesverteidigungsministerin vom 27. Januar 2016.

http://www.bmvg.de/portal/a/bmvg!/ut/p/c4/NYuxDslwDET_yE4GOrA16gJjB6BsaRtFRnVSGacsfDzJwJ30hns6fGJt8gdFr5ST3_CB00Ln-QMzHxFeuUhdgSnRW4NQYby3zxpgySloo4akVBnFaxbYs-jWTBGpBmjFydjBGWv-sd--u7rb2J3McHEj7sz9DxQYsFQ!/ [30-01-16].

¹⁰ Zit. n. <http://www.wsws.org/de/articles/2016/01/28/bund-j28.html> [30-01-16].

„Verantwortung“ muss heißen, diesen Begriff nicht jenen zu überlassen, die ihn im Interesse der Wirtschaft und zur Verwirklichung neuer deutscher Großmachtträume missbrauchen.

Fazit

Verblüffend an der Lektüre dieser Grundsatzpapiere zur Außen- und Sicherheitspolitik des seit 25 Jahren vereinten Deutschland ist der offensichtliche und kaum unterscheidbare Konsens derjenigen, die im Papier der Heinrich-Böll-Stiftung als die außenpolitische Community unseres Landes genannt werden. Die Kongruenz der Sprache, das Zusammenfallen der verwendeten Begrifflichkeiten, vor allem aber der in allen hier behandelten Papieren hervorgehobene Führungsanspruch, getarnt unter dem Begriff „Verantwortung“ sind ein Alarmzeichen. Nicht nur, dass Deutschland mit seiner wirtschaftlichen Macht die Regeln in Europa zu diktieren beginnt – s. Griechenland – nein, es erhebt auch den Anspruch auf eine militärische Führungsrolle in Europa und darüber hinaus. Dieser wird bereits konkret unterfüttert durch die jüngsten Militäreinsätze in Mali und in Syrien, denn diese sind nichts anderes als der Anspruch auf Mitsprache bei der „Lösung“ internationaler Konflikte durch den Einsatz von Waffengewalt.

Im SWP/GMF-Papier bestand unter den Verfasser/innen noch Dissens bezüglich der Konformität solcher Einsätze mit dem Völkerrecht, konkretisiert durch ein Mandat des UN-Sicherheitsrats. Die Notwendigkeit eines solchen Mandats spielt in den Papieren der parteinahen Stiftungen von SPD und Grünen schon keine Rolle mehr, ja wird sogar fundamental in Frage gestellt. Angesichts dieser Anmaßungen erscheint es geradezu zynisch, von „Weltunordnung“ zu sprechen, um im gleichen Atemzug der (noch) bestehenden völkerrechtlichen Ordnung die Existenzberechtigung abzuspochen. Angesichts dieses Konsenses der „außenpolitischen Community“ der Republik bleibt nur zu hoffen, dass die Partei DIE LINKE ihrer demokratischen Verantwortung gerecht wird und der Ablehnung von Kriegseinsätzen durch die Mehrheit der Bevölkerung jene Stimme verschafft, die zum Erhalt der Demokratie und des Friedens wichtiger erscheint denn je.

